

Menschenrechtliche Bewertung des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018

Von Michel Brandt (MdB)

GroKo: Abschottung statt Menschenrechte

Weder die Unionsparteien noch die Sozialdemokrat*innen haben sich von einer menschenrechtlichen Verantwortung leiten lassen. Schon in der Präambel ist ihre „Antwort auf internationale Migrationsbewegungen“ ein Zugeständnis an den rechtspopulistischen Rand. Statt die aktive Bekämpfung der Fluchtursachen, die Schaffung sicherer Fluchtwege und das umfassende Recht auf Asyl in der Mittelpunkt zu stellen, erklären Union und SPD: „Wir werden Migration in Zukunft besser steuern und ordnen“. Im Blick hat die Neuauflage der Großen Koalition (GroKo) dabei nicht etwa den Schutz der Menschen, sondern „den Fachkräftebedarf in Deutschland“. Damit stellt die neue Bundesregierung Profitinteressen der Wirtschaft vor die Menschenrechte.

Auf das Erstarken rechtspopulistischer, demokratiefeindlicher und rassistischer Politik in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und außerhalb Europas findet der Koalitionsvertrag keine Antwort. Obwohl autoritärer Populismus in Polen, Ungarn, Österreich, der Türkei und den USA wirksam zurückgewiesen werden kann, wenn führende Politiker*innen unmissverständlich die Einhaltung der Menschenrechte einfordern (siehe Human Rights Watch World Report 2018), weigern sich CDU, CSU und SPD, klar Position zu beziehen. Kein Wort zur Demokratiefeindlichkeit in Polen, nichts zu rassistischer Politik Österreich, keine Haltung zur Knast-Politik in der Türkei. Stattdessen bedient die neue GroKo Forderungen vom rechten Rand zu Migrationskontrolle, Abschiebung und Abschottung.

Die „Friedensmacht Europa“ setzt weiterhin klar auf Abschottung, indem sie die „Außengrenzen der EU gemeinsam wirksamer schützen“ will. Statt auf zivile Friedensinitiativen und konsequente Konfliktvorsorge setzt die GroKo auf eine massive Aufrüstung und Vergrößerung der Bundeswehr (Einhaltung der NATO-Ziele) und betreibt die militärische Aufrüstung Europas durch eine Verteidigungsunion (PESCO). Die GroKo möchte sich zwar zum Grundrecht auf Asyl, zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention bekennen, will aber im krassen Widerspruch dazu die Zahl schutzsuchender Menschen begrenzen und Fluchtursachen durch eine Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr bekämpfen. Die Zusammenführung der Familien von Geflüchteten soll massiv begrenzt werden. Damit stimmt die SPD einer Obergrenze für Asylsuchende klar zu.

Es wird daran festgehalten, Herkunftsstaaten, in denen Geflüchtete mit Folter und Tod bedroht sind, willkürlich als sicher zu bezeichnen. Mehr noch: für eine beschleunigte Abschiebung werden auch Algerien, Marokko und Tunesien sowie „weitere Staaten“ zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Wichtig ist der GroKo der „wirksame Schutz der Binnengrenzen und Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) zu einer echten europäischen Grenzpolizei“. Zudem soll die Abschiebung effizienter organisiert und beschleunigt werden. Zuwanderung wird gezielt an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet. Damit zementieren Union und SPD die EU-Abschottungspolitik, bestätigen rechtspopulistische Parolen und stellen zugleich menschenrechtliche Prinzipien in Frage.

Die Ankündigung, man wolle die „Fluchtursachen umfassend bekämpfen“ entpuppt sich als bloße Worthülse. Eigene Initiativen der neuen Bundesregierung sind nicht geplant. Zwar sollen das seit langem vernachlässigte UN-Flüchtlingsprogramm UNHCR und das World Food Programm angemessen ausgestattet werden, doch diese sind überwiegend auf die Linderung bestehender Not ausgerichtet und können kaum die Ursachen angehen. Die GroKo will zudem internationale Polizeieinsätze ausweiten, was allerdings in Staaten wie Libyen zur Fluchthinderung, Rückführung (Push Backs) und zum Einsperren Flüchtender führt. Das menschenrechtlich unverantwortlich und bekämpft ebenfalls nicht

die Ursachen. Wie ein „verstärkter Klimaschutz“ zur Fluchtvermeidung beitragen soll, wenn Deutschland die eigenen Klimaziele der Kohle- und Automobilindustrie opfert, bleibt völlig offen.

Die „Afrika-Strategie“ ist auf Hilfsprogramme für Nahrung und Handelspolitik beschränkt. Die GroKo setzt unbeirrt auf unfaire Handelsabkommen, bei denen Deutschland und die EU insbesondere afrikanische Staaten einseitig die Bedingungen diktieren können. Dabei wird gern die Entwicklungshilfe gestrichen, wenn ärmere Länder nicht wie gewünscht mitziehen. Zudem können sich Konzerne für ihre Profitinteressen über Entscheidungen der Parlamente und Regierungen afrikanischer Staaten hinwegsetzen.

Unternehmensverantwortung begrenzt sich im GroKo-Vertrag auf die Vermeidung von Steuerdumping. Verbindliche Standards für eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in der Lieferkette der Unternehmen findet keine Erwähnung. Deutsche Konzerne, die vom globalen Handel profitieren, werden weiterhin ungehindert gegen Arbeitnehmer*innenrechte verstoßen, Gewerkschaftsarbeit behindern und die Umwelt schädigen. Die massiven Menschenrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau spielen keine Rolle. Gleichwohl soll der „sichere Zugang zu Rohstoffen“ durch „bilaterale Handelsverträge“ mit dem „Schwerpunkt Afrika“ abgesichert werden. Klar ist: bei solchen Handelsabkommen sind die Menschen der Lieferländer immer die Verlierer*innen.

Die „neue Dynamik für Deutschland“ begrenzt sich liberale Wirtschaftsförderung und die Fortführung der Austeritätspolitik. Es ist aber keine Rede davon, die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland und Europa zu überwinden. Die Arbeitslosigkeit wird weiter verwaltet. Statt würdige und auskömmliche Arbeit zu schaffen und insbesondere für Frauen gleichwertige Verhältnisse und wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung in Arbeitsalltag durchzusetzen, gibt es weiterhin befristete und mies bezahlte Jobs. Viel wichtiger ist Union und SPD, die „missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit“ zu unterbinden. Die alltägliche Behinderung von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit wird mit keinem Wort erwähnt.

Das Menschenrecht auf saubere Luft, sauberes Trinkwasser, unbelastete Lebensmittel und eine intakte Umwelt wird zugunsten der Wirtschaftsinteressen geopfert. Schadstoffbelastungen sollen „so weit wirtschaftlich vertretbar“ reduziert werden. Ein klares Verbot von gesundheits- und umweltschädlicher Agrochemie ist nicht geplant. Die Nitratvergiftung des Trinkwassers spielt keine Rolle. Statt echtem Tierschutz gibt es Verbrauchertäuschung mit einem „Tierwohllabel“. Tierschützer*innen werden kriminalisiert, indem „Einbrüche in Tierställe als Straftatbestand geahndet“ werden sollen, damit die Tierquälerei in Massenställen ungestört weitergehen kann. Umwelt- und Klimaschutz werden der „Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit“ untergeordnet.

Ohnehin soll das Recht auf Privatsphäre einer populistischen Sicherheitspolitik geopfert, die umfassend Daten erfasst und auswerte. Dazu sollen das „Bundeskriminalamt als zentrales Datenhaus im polizeilichen Informationsverbund“ und eine „intelligente Videoüberwachung“ ausgebaut werden. Das Demonstrationsrecht wird durch die willkürliche Ausdehnung des Extremismus-Begriffs auf legale Protestformen, wie Anti-G20-Aktionen, aufgeweicht.

Mein Fazit: Das Menschenrechtskapitel im 117-seitigen Koalitionsvertrag beschränkt sich auf eine einzige Seite. Darin bekennt sich die GroKo zu bestehenden Verträgen und Abkommen, ohne aktiv dazu beizutragen, dass diese auch umgesetzt und eingehalten werden. Meine Aufgabe als Menschenrechtspolitiker wird es in dieser Wahlperiode deshalb sein, dieser schlafwandlerischen GroKo jeden Tag in den Hintern zu treten und die Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland, in Europa und weltweit einzufordern. Nur wenn wir unmissverständlich auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen, können wir Demokratiefreundlichkeit und Rechtspopulismus zurückdrängen.